

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 139 / 2014

Kiel, Donnerstag, 20. März 2014

Innen / Wohnungspolitik

Christopher Vogt: Landesregierung fällt bei der Wohnungspolitik bisher leider durch scheinheiliges Verhalten auf

In seiner Rede zu TOP 29 (Offensive für bezahlbares Wohnen) erklärt der Stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die wohnungspolitischen Verlautbarungen der Landesregierung, die Irrungen und Wirrungen waren in den vergangenen Tagen ja durchaus bemerkenswert: Da wirft der zuständige Innenminister am vergangenen Freitag seinen bisherigen – wie ich finde – pragmatischen wohnungspolitischen Ansatz über Bord und kündigt vor Vertretern des Mieterbundes an, dass er eine Verordnung auf den Weg bringen möchte, die eine Absenkung der Kappungsgrenze vorsieht. Zur Entwicklung der Mieten in Schleswig-Holstein hatte der Minister am 22. August des vergangenen Jahres hier im Plenum erklärt,

„dass die Mieten insbesondere im Neubau und für hochwertig energetisch sanierte Wohnungen steigen.“

Und weiter:

„Steigende Mieten sind ein Zeichen für Knappheit in einer Region, in der es zu wenige Wohnungen gibt. Sinkende Mieten sind langfristig nur durch mehr Wohnungsbau zu erreichen. (...) Der beste Mieterschutz sind neue Wohnungen. Deshalb heißt unsere Devise tatsächlich: Bauen! Bauen! Bauen! - Dazu brauchen wir private Unternehmen, denen wir Brücken in eine - dann auch rentierliche - Investition bauen.“

Meine Fraktion teilt diese Aussage des Ministers und diese ist offenbar auch kein kalter Kaffee, denn der Minister hat dann ja am Montag

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

– also nur drei Tage nach der Ankündigung in seiner vorherigen Pressemitteilung, in der er eine Mietpreiskappungsgrenze in Schleswig-Holstein angekündigt hat – vor Vertretern der Wohnungswirtschaft erklärt, dass wir mehr private Investitionen im Wohnungsbereich benötigen. Man staunt und fragt sich, wohin die Reise denn nun gehen soll. Glaubt hier wirklich irgendjemand, dass eine Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein – genauer: im Raum Kiel, im Raum Lübeck oder im Hamburger Rand – dafür sorgen würde, dass die Investoren ihre Investitionsbereitschaft erhöhen, die wir brauchen, um das Problem zu lösen? Die Landesregierung sollte ihren wohnungspolitischen Schlingerkurs schnellstmöglich beenden. Herr Minister, packen Sie Ihre Initiativen vom Freitag zurück in die Mottenkiste und kehren Sie wieder zur pragmatischen und investitionsfördernden Wohnungsbaupolitik zurück.

Mit dem vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Gutachten haben sie es doch schwarz auf weiß: Der Anstieg der Mieten ist selbst in den genannten Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten in unserem Land in den vergangenen fünf Jahren unterhalb der allgemeinen Teuerungsrate geblieben. Die Mietpreisbremse hilft also niemandem, aber sie schadet der Investitionsbereitschaft, auf die man angewiesen ist. Der größte Preistreiber beim Wohnen, mit Steigerungsraten weit über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten ist, sind übrigens die mit Abgaben und Steuern überfrachteten Energiepreise. Diese sind in den letzten fünf Jahren regelrecht explodiert. Der Wohlfahrtsverband spricht mittlerweile davon, dass die Energiekosten für immer mehr Menschen in diesem Land zu einem Armutsrisiko werden. Ich wäre erfreut, wenn sich Herr Gabriel an seine Aussagen aus dem vergangenen Jahr erinnern würde und nun endlich sich dafür einsetzen würde, die Stromsteuer abzusenken.

Die Landesregierung fällt bei der Wohnungspolitik bisher leider vor allem durch ein scheinheiliges Verhalten auf, denn mit immer neuen Maßnahmen sorgt sie selbst dafür, dass sich Wohnraum in Schleswig-Holstein sukzessive verteuert. Die weitere Erhöhung der Grunderwerbssteuer zum 1. Januar dieses Jahres auf den bundesweit höchsten Satz ist ein Musterbeispiel dafür. Und eine weitere Wohnraumverteuerungsmaßnahme steht bei der Landesregierung schon in den Startlöchern: Das neue Landesdenkmalschutzgesetz. Die Kosten, die sie den Eigentümern mit den zusätzlichen Auflagen aufbürden wollen, werden anschließend an die Mieter weitergereicht werden. Wir befürchten zudem, dass sie mit dem angekündigten Wohnaufsichtsgesetz die nächste kontraproduktive Maßnahme auf den Weg bringen werden.

Mit der Pressemitteilung der vergangenen Woche wurde unnötig Porzellan zerschlagen. Denn mit der ‚Offensive für bezahlbares Wohnen‘ haben das Innenministerium, die Verbände der Wohnungswirtschaft und der Mieterbund am 21. Januar 2013 einen gemeinsamen Pakt gegen steigende Mieten geschlossen. In der damaligen Rahmenvereinbarung hat sich das Innenministerium zu verlässlichen und planbaren Wohnraumförderprogrammen, zu Förderbestimmungen, die die

Wirtschaftlichkeit von Investitionen sichern, und zur Transparenz auf dem Wohnungsmarkt in Form von Gutachten, Analysen und Planungshilfen verpflichtet. Diesen Pakt haben Sie mit der Pressemitteilung vom Freitag einseitig aufgekündigt. Warum sollte sich die Wohnungswirtschaft nun ihrerseits ihre Zusagen – den Bau neuer Wohnungen und die energetische Sanierung – noch einhalten? Sie wird ihre Investitionsplanungen nun im Zweifel noch einmal überdenken.

Kehren Sie zu Ihrer alten Wohnraumpolitik zurück. Schaffen Sie anständige Rahmenbedingungen, damit neuer Wohnraum entstehen wird. Und legen Sie die Regulierungskeule zurück in die Mottenkiste.“